

Dat Pöggskén



ZEITUNG DER GRÜNEN TELGTE & WESTBEVERN

Guten Tag, liebe Telgter Bürgerinnen und Bürger.

Pünktlich wie immer halten sie, liebe Leserin und lieber Leser, zum Beginn der Adventszeit die Weihnachtsausgabe unseres Pöggskén in der Hand.

Mit Nr. 80 wieder ein kleines Jubiläum, doch der Frosch kommt keineswegs in die Jahre, er quakt und quakt weiter. In dieser Ausgabe finden Sie viele Artikel über laufende Projekte in unserer Stadt, und das ist ein deutliches Zeichen für die Arbeit, in der Rat und Verwaltung knietief stecken.

Die Neuordnung des Orkotten und der Schullandschaft in Telgte, sowie die Planungen zum Feuerwehrgerätehaus befinden sich in der „heißen Phase“ und im kommenden Jahr sollen die Weichen gestellt und alles auf einem guten Weg sein.

Sie, liebe Leserin und lieber Leser, dürfen sich aber jetzt erst mal zurücklehnen und sich ansehen, was die Pöggskénredaktion für wichtig und der Rede wert hält.

Apropos der Rede wert: Wer seine/ihre Geschenke in Telgte besorgt, kauft damit auch eine gesunde und attraktive Innenstadt, in der es auch im nächsten Jahr noch Geschenke zu kaufen gibt.

In diesem Sinne wünschen Ihnen und Euch Gelassenheit bei den Vorbereitungen zur Weihnachtszeit, ein frohes und besinnliches Fest und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Ihre Pöggskén-Redaktion



Foto: Bettina Schmitte

Ein Café in der Emsaue?

von Harry Wagner

Vor einigen Wochen wurde der Wunsch eines Investors bekannt, auf dem Gelände hinter dem Haus der Musik ein neues Café zu bauen. Diese Pläne stoßen bisher auf ein geteiltes Echo: Als positiv wird gewertet, dass ein Café am Emsufer ein idyllisches Ziel für Spaziergänger und

Wallfahrer sei und so die Attraktivität Telgtes erhöhen würde. Als sehr skeptisch wird gesehen, dass ein weiterer Rückzugsraum für die Jugendlichen dieser Stadt eingeeignet bzw. wegfallen würde.

Ein wichtiger Aspekt gegen ein geplantes Café wurde allerdings bisher außer Acht ge-

lassen: Der geplante Standort liegt inmitten der Emsaue. Planwiese, Dümmert und Pappelwald sind natürliche Teile dieser Emsaue. Sie liegen zwar eingeeignet zwischen Westbeverner Straße und Altstadt, doch sind sie verlängerter Teil des Emsauenparks und des Naturschutz- und FFH- (Flora-Fauna-Habitat)

Gebietes „Emsaue“. Seit vielen Jahren wird vom Land und der Bezirksregierung viel Geld eingesetzt, die Ems und die Emsaue wieder in einen guten ökologischen Zustand zurückzusetzen. In Richtung Westbevern wurden Altarme (Ringemanns Hals) angeschlossen, Sohlstürze

(Fortsetzung auf Seite 6)

Haushalt 2013 - wie eine gute Jeans

Eng, passt aber, macht 'nen schlanken Fuß

von Gerd Klünder

Ja, da kommt sie allmählich wieder in Sicht, die Klippe, die einmal im Jahr umschifft werden muss.

Auf der Sollseite steht in 2013 der erste Batzen für den Neubau des Feuerwehrgerätehauses, das Schrumpfen der Zuwendung des Landes durch das Gemeinde-

finanzierungsgesetz auf Null, sowie eine erhöhte Kreisumlage. Auf der Habenseite sind als erstes die Gewerbesteuererinnahmen zu verzeichnen, die im laufenden Haushaltsjahr bereits jetzt um 3,2 Mio. Euro höher ausgefallen sind, als geplant, so dass wir für 2012 mit einem ausgeglichenen oder positi-

vem Ergebnis rechnen können.

Zwar wird die Stadt für 2013 wohl nicht mit so hohen Gewerbesteuererinnahmen wie im laufenden Haushaltsjahr rechnen können, da dabei auch einmalige Effekte wie Nachzahlungen eine Rolle spielten, insgesamt aber läuft die Wirt-

schaft in Telgte gut. Gut ist auch, dass die Landesregierung das NKF (Neues kommunales Finanzmanagement) novellierte, so dass wir die positiven Ergebnisse zurück liegender Haushaltsjahre für den Haushaltsausgleich verwenden können.

(Fortsetzung auf Seite 3)

Sekundarschule

Politischer Konsens...
zum Wohl der Kinder Seite 2

Energieeinspeisegesetz

Stromkonzerne greifen an...
die Strompreislüge Seite 3

Kreisentwicklungskonzept

Wichtige Weichenstellungen...
ohne den Bürger?! Seite 5

Klimaschutz

Neue Heizungsanlagen...
weniger CO₂ Seite 6

Plastic Planet – der Film zum Problem

von Bettina Schmitte

Plastik ist das beherrschende Material der letzten 100 Jahre, nicht immer ist es sofort erkennbar, oft imitiert es andere Materialien, wie Holz, Leder und Keramik, oder ist als Beimischung, Kleber, Folie, etc. mit anderen Materialien verbunden. Im Supermarkt ist es als Verpackungsmaterial mittlerweile allgegenwärtig und moderne Techniken wie Computer, Handy, Raumfahrt sind ohne Kunststoffe nicht denkbar. Selbst in den menschlichen Körper wird es eingesetzt, beispielsweise als Zahnersatz, Silikonkissen, Prothese.

War Plastik in den 1970er und 1980er Jahren bei vielen Menschen verpönt, ist es in Zeiten von Klimawandel und Feinstaub kaum noch ein Thema. Im Jahr 2007 wurden weltweit 260 Millionen Tonnen Kunststoff produziert, 2008 waren es bereits 20 Millionen Tonnen mehr. Immer ist Erdöl der Grundstoff, und so verbraucht die Kunststoffindustrie vier Prozent des Mineralöls aus den Raffinerien. Für den Herstellungsprozess gibt es dann etwa 100.000 verschiedene Chemikalien, mit denen die Eigenschaften für den Verwendungszweck erreicht werden. Die genaue Zusammensetzung bleibt meist das Geheimnis der herstellenden Firmen.

Es gab immer wieder Mel-



farbfilm-verleih - www.plastic-planet.de

dungen über Schädigungen von Mensch und Umwelt bei der Herstellung von Plastik. Im fertigen Produkt schienen die enthaltenen chemischen Bestandteile fest gebunden zu sein. Der Verbraucher lernte, wie bei den Teflonbeschichtungen im Haushalt, die Vorteile der vielfältig formbaren und widerstandsfähigen Kunststoffe zu schätzen und glaubte die Risiken durch Einhaltung von Verhaltensregeln zu minimieren. Erst vor 20 Jahren gab es erste Verdachtsmomente, dass chemische Bestandteile von Plastik austreten und zum Beispiel in den menschlichen Körper gelangen, wo sie das Hormonsystem beeinflussen können. Mittlerweile leugnet selbst die Kunststoffindustrie dies nicht mehr und beruft sich auf

Grenzwerte, die natürlich schwer zu bestimmen sind - gerade für das empfindliche Hormonsystem.

Durch das Engagement zahlreicher politischer Gruppen konnte auf EU-Ebene die sogenannte REACH-Richtlinie, leider nur in abgeschwächter Form, durchgesetzt werden. REACH trat 2007 in Kraft; mit ihr soll bis 2018 erreicht werden, dass im EU-Raum chemische Stoffe nur auf den Markt kommen dürfen, die vorher registriert wurden. Dies soll die Informationsmöglichkeiten der Konsumenten verbessern. Im Mai dieses Jahres stellte die grüne Bundestagsfraktion eine kleine Anfrage zur Umsetzung von REACH. Die Zahl der bisher unter REACH überprüften und registrierten

Stoffe ist noch viel zu gering, um das Ziel bis 2018 zu erreichen. Gerade mit Blick auf die vielen Stoffe, bei denen es einen begründeten Risikoverdacht gibt, ist es wichtig, weiter aus möglichst vielen politischen Gruppen Druck zu machen.

Und was passiert mit dem Plastik nach dem Gebrauch? Es verrottet ja praktisch nicht! Bis zu 500 Jahre kann es dauern, bis es sich zersetzt hat! Im Meer zum Beispiel schwimmt eine gewaltige Menge an Plastik meist unterhalb der Wasseroberfläche, älteres in winzigen Partikeln. Mittlerweile sechs (!) mal mehr als Plankton. Viele Tiere wie Fische und Vögel verenden an Plastikmüll, weil sie es für Nahrung halten. Aber auch bei ordnungsgemäßer

Entsorgung können wir nicht wirklich sorglos sein. Da die Sortierung und Aufbereitung aufwändig und damit teuer ist, werden nur ungefähr die Hälfte der im „gelben Sack“ gesammelten Kunststoffe weiterverarbeitet, die andere Hälfte wird „energetisch verwertet“, also verbrannt. Durch das Engagement vieler BürgerInnen und Umweltverbände in Deutschland verringern hier Filter in Müllverbrennungsanlagen den Schadstoffausstoß, aber eliminiert sind die Schadstoffe damit nicht. Ausser der schadstoffhaltigen Schlacke bleibt von einer Tonne Abfall ungefähr ein Kilogramm giftiger Filterkuchen, der in Deutschland unter Tage gelagert wird.

Die Nachteile und Risiken von Plastik sind mittlerweile auf den ersten Blick nicht mehr zu erfassen. Das macht den Film „Plastic Planet“ von Werner Boote so interessant. Er schafft es auf eine anschauliche und interessante Weise zu zeigen, wie sich Plastik und die damit verbundene Problematik in vielen Ebenen unseres Alltags etabliert hat.

Der Film steht in der Mediathek des ZDF's zur Verfügung:

www.zdf.de/ZDFmedia-thek/beitrag/video/1488412/Plastic-Planet

Für unsere Kinder

Politischer Schulterschluss macht Schule

von Sabine Grohnert und Uli Schlösser

Der Demografische Wandel, veränderte Voraussetzungen für viele Ausbildungsberufe und nicht zuletzt der Elternwille haben dazu geführt, dass Haupt- und langsam auch die Realschulen, trotz jahrelanger guter Arbeit, Auslaufmodelle geworden sind.

Auch in Telgte ist das nicht anders! Es gibt natürlich immer verschiedene Möglichkeiten, damit umzugehen. Da aber das Hauptziel sein soll, ALLE Kinder auch künftig in Telgte beschulen zu können, beschloss der Rat einstimmig, eine Sekundarschule in Telgte

zu etablieren. Mit dieser Schule haben wir die Möglichkeit, alle Abschlüsse anbieten zu können: Hauptschul-, Realschul-, G8 und G9 Abschluss. Zudem können wir hier auch den Auftrag der Inklusion, der an einigen Telgter Schulen schon vorsichtig, unserer Meinung nach aber zu vorsichtig, umgesetzt wird, weiterführen.

Schule befindet sich immer in der Entwicklung. Hier haben wir – Lehrer, Eltern und Kinder – die Chance, eine Schule mitzugestalten. Ein Grundkonzept, dass vor allem die vorhandenen Schätze wie z.B. das „Telgter Modell“ mit

aufgenommen hat, wurde entwickelt. Auch wie und wo die künftige Schule entstehen und sich entwickeln soll, wurde im Schulausschuss vorstellbar, als drei Architekten Entwicklungsmöglichkeiten vorstellten. Hier stehen noch einige Richtungsentscheidungen an. Am Ende sollte ein mit Leben gefülltes Schulzentrum stehen, damit die Kinder vor Ort bleiben können. Denn auf sie und ihre Perspektiven kommt es an.

Der nächste große planerische Schritt sind die baulichen Veränderungen am Schulzentrum für die Sekundarschule.

Die Zeit ist denkbar knapp. Schon Anfang Januar 2013 soll im Schul- und Kulturausschuss beschlossen werden, wie die bauliche Umsetzung der Sekundarschule gestaltet werden kann. Das Ganze muss leider so schnell gehen, damit die Sekundarschule zum nächsten Schuljahr gegründet werden kann. Der Spagat, der gelingen muss ist: Zum einen müssen sowohl Haupt- als auch Realschule ordnungsgemäß weiterlaufen können, zum anderen muss die neue Sekundarschule möglichst schnell ein eindeutiges Gesicht zeigen, denn die große Hürde, die genommen

Impressum "Dat Pöggskén"

Zeitung der Grünen Telgte
Herausgeber:
Ratsfraktion & Ortsverband von
Bündnis 90/DIE GRÜNEN

erscheint: 3 bis 4 Mal im Jahr

Auflage: 8.000 Stück

Anschrift: Peter Spieker
Waldweg 27
48291 Telgte

V.i.S.d.P.: Peter Spieker

werden muss, ist die Anmeldezahl von mindestens 75 Schülern.

Wir werden diesen Prozess weiterhin wohlwollend kritisch begleiten und immer wieder anmahnen, die inklusive Beschulung der SchülerInnen nicht aus dem Auge zu verlieren.

"Es gibt Leute, die denken immer noch fossil!"

Klare Worte von Bärbel Höhn am 14. November in Telgte

von Peter Spieker

Der Umstieg von atomaren und fossilen auf regenerative Energieträger bedeutet einen grundlegenden Paradigmenwechsel, den insbesondere die großen Energieversorger noch nicht nachvollzogen haben. Noch immer versuchen diese daher mit ungeeigneten Konzepten die Energiewende zu bewältigen.

In ihrer Darstellung verwies Bärbel Höhn, Bundestagsabgeordnete und Vizefraktionsprecherin der Grünen, darauf, dass die Fokussierung auf große Transportkapazitäten für elektrische Energie, Strom vom windreichen Norden zu den Industrieeinrichtungen im Westen und Süden Deutschlands bringen sollen, eine Folge überkommenden

Denkens sei.

Vielmehr bedarf es intelligenter Verteilnetze mit dezentralen Stromerzeugungs- und Speichereinrichtungen, wodurch die meisten der geplanten Überlandstrecken eingespart werden könnten.

Regenerative Energie ist in seiner Natur dezentral und somit urdemokratisch.

Die Strompreislüge

oder: Wie man ein dringend benötigtes Problem erschafft

von Gerd Klünder

„Kehrseite der Energiewende“ titelten die WN am 10. November einen Artikel, in dem Strompreiserhöhungen der Stadtwerke ETO um zwölf Prozent angekündigt werden, und spiegelt damit die öffentliche Wahrnehmung in Deutschland wider. Diese findet die Ursache für die steigenden Strompreise in den wachsenden Umlagen des Energieeinspeisegesetzes also der Energiewende.

Eine Studie, die die Bundestagsfraktion der Grünen in Auftrag gegeben hat, kommt allerdings zu ganz anderen Schlüssen.

Allein wenn man/frau die verschiedenen Abgaben, die zusammen mit der Stromrechnung gezahlt werden, getrennt betrachtet, ergibt sich, dass weniger als die Hälfte (2,6 Cent) der Erhöhungen der Verbraucherpreise (6,3 Cent) im Zeitraum von 2007 bis 2012 durch die EEG-Umlage zustande kamen.

1,4 Cent resultieren aus der mitsteigenden Umsatzsteuer, aus den Konzessionsabgaben und aus den Befreiungen von den Umlagen für über 700 Industriebetriebe.

Weitere 2,8 Cent entstehen in den Energieunternehmen selbst - durch gestiegene Kosten für Erzeugung und Beschaffung (1,3 Cent), Vertriebskosten und Marge (1,5 Cent). Bei diesen Positionen hält die Studie jedoch lediglich eine Erhöhung von je 0,4 Cent für plausibel.

Eine weitere Feststellung, die an der öffentlichen Wahrnehmung völlig vorbeigeht, betrifft die Auswirkungen der erneuerbaren Energien auf die Strombörse in Leipzig. Dort kaufen die Energieunternehmen feste Strommengen für verschieden weit in der Zukunft liegende Zeiträume. Und dort wirken die Erneuerbaren jetzt schon preissenkend, da sich die Preise stets nach dem teuersten Kraftwerk richten, das zugeschaltet wer-

den muss, damit die gekaufte Strommenge auch produziert werden kann.

Durch den zusätzlichen Strom sind die bisher teuersten Kraftwerke einfach nicht mehr nötig. Die Preisspitzen werden also oben abgeschnitten. Die Studie errechnet hier ein Potenzial zur Preissenkung von 0,4 Cent. Wo bleibt dieses Geld? In den Gewinnen der Stromanbieter? Nicht nur, denn die Preise für Sondervertragskunden, also Großabnehmer, sind im selben Zeitraum um drei Prozent gesunken, aber für Privathaushalte um 20 Prozent gestiegen. Hier wird im Ergebnis der/die Privatverbraucher/in zur Finanzierung des Wettbewerbs um Großkunden herangezogen.

Insgesamt, so die Studie, könnte der Strom für zwei Cent pro Kilowattstunde so schon günstiger angeboten werden, dazu kommen die Kosten durch gesunkene Tarife und Befreiungen von der



Foto: Ursula Mindermann

EEG-Umlage für Großkunden. Ganz offensichtlich wird die breite Bevölkerung stärker als nötig belastet, und der Verdacht liegt nahe, dass dies geschieht, um Stimmung gegen die Energiewende zu machen.

Zumindest haben die Stromkonzerne kein Interesse daran, diesen Effekt zu vermeiden, denn nichts fürchten sie mehr, als eine dezentrale Stromerzeugung in den Händen von kleinen Stadtwerken, Kommunen und Genossenschaften, an denen diese auch verdienen und die sichtbar werden lassen, dass die Energieerzeugung unabhängig von schwindenden fossilen Brennstoffen viel billiger ist.

Die Gaststätte
für
„Jung und Alt“!
Mit Biergarten



Im
wilden Mann

Inh. Familie Michael Brandes
Emsstraße 25
☎ (02504) 6600

- Mo. - Fr.: 17.00 - 1.00 Uhr
- Mittwochs Ruhetag
- Samstags, Sonntags + Feiertage ab 10.00 Uhr Frühstücken

Haushalt 2013 - wie eine gute Jeans

Eng, passt aber, macht 'nen schlanken Fuß

(Fortsetzung von Seite 1)

Auch die Hürde für Investitionen wird herab gesetzt, indem auch schon kleinere Maßnahmen in Zukunft nicht mehr nur Geld kosten, sondern auch in die Bilanz der Stadt aufgenommen werden können. Das bedeutet, dass viele, kleinere Investitionen sich nicht mehr negativ auf das Ergebnis des Haushaltes auswirken, da den Kosten auch ein Wert gegenüber ge-

stellt wird.

Geld kosten sie zwar nach wie vor, bringen aber nicht mehr die Haushaltssicherung näher, was ja besonders bei der Aufstellung des Haushaltes für 2011 ein großes Thema war. Fazit:

- + Verbesserung in den Gewerbesteuern
- + Verwendung positiver ehemaliger Ergebnisse
- + Erleichterung bei den Investitionen
- Feuerwehrgerätehaus

- keine Schlüsselzuweisungen
- höhere Kreisumlage
- = Die Aufstellung eines, wenn auch knauserigen, so doch genehmigungsfähigen Haushaltes ist wahrscheinlich.

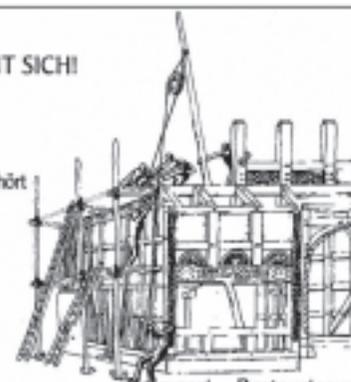
Wir sind gespannt auf den Entwurf der Stadt am Anfang des nächsten Jahres, und bis dahin:

Fortsetzung folgt!

ALTES ZU ERHALTEN LOHNT SICH!

Wir restaurieren für Sie:
Fachwerk, Gauben, Dachstühle
Alles was zu einem betagten Haus gehört!

Wir bauen und entwerfen für Sie:
Gartenhäuser, Pergolas, Verandas,
und vieles mehr, fragen Sie uns



Zimmerei • Restaurierung
KLAAS STIEGEMEIER - OEHLEN
Tel.: 02504 - 5959 in Telgte

Stühlerücken im Orkotten

Eine Chance für die Altstadt oder "Neue Mitte Telgte"?

von Gerd Klünder

Die Planung zur Neuordnung des Orkotten steht derzeit in der Öffentlichkeit stark in der Kritik. Der Gründe dafür liegen in der Befürchtung, die vorgesehene Zusammenfassung des großflächigen Lebensmitteleinzelhandels im Osten des Orkottens wirke sich schädigend auf die KundInnenfrequenz in der Altstadt aus. Insbesondere gibt es die Sorge, dass Unwägbarkeiten zu einer wesentlichen Vergrößerung der Verkaufsflächen führen.

Eine intensiv und sachlich geführte Debatte ist zunächst durchaus positiv zu sehen. Letztendlich führt sie zu einem Interesse an der Politik, zu Engagement für die eigene Stadt und sie gibt Gelegenheit, die Sachverhalte intensiv zu diskutieren und transparent zu machen.

So hat die Erörterung einer Liste von aufgetauchten Fragen in der Ausschusssitzung am 28. August bereits zu Verbesserungen geführt, weitere Detailfragen sollen in einer beschlossenen Einwohnerversammlung geklärt werden.

Weitere angeführte Gründe allerdings, die eine Gefälligkeitsplanung zugunsten Dritter unterstellen, werden von uns scharf zurückgewiesen.

Die Neuordnung des Orkottens ist einer der entscheidenden Bausteine des von einer breiten politischen Mehrheit getragenen Integrierten Handlungs- und Entwicklungskonzeptes (IHEK). Einen sinnvollen Abschluss wird es aber nicht geben, solange zwei

verschiedene Standorte versuchen, ihre Attraktivität in Konkurrenz zu dem jeweils anderen zu erhöhen, was ein dauerhaftes Streben nach einer Ausweitung sowohl des

die Telgter/innen auf Angebote in umliegenden Städten ausweichen.

Bedenklich sind auch nicht die Supermärkte an sich, sondern deren Randsortimente

und Unwägbarkeiten. Diese sind allerdings nicht so groß, wie die einer ungesteuerten Fortentwicklung, mit der Erweiterung am westlichen Standort um insgesamt

ne klare Linie der Stadt. Entsprechend erfreulich ist die breite Mehrheit im Rat, die die Planung trägt.

Es bleibt zu hoffen, vor allem auch durch die noch fol-



Foto: B90/DieGrünen, Telgte

Flächen-, als auch des Warenangebotes mit sich bringt. Ruhe bringt nur ein einzelner, planerisch klar geregelter und damit auch begrenzter Standort.

Das jetzt geplante Gebiet im östlichen Orkotten ist bereits im Einzelhandelskonzept als Ergänzungsfläche ausgewiesen. Ein großer Vorteil ist die, zwar nicht gefühlte, jedoch reale Nähe zur Altstadt. Eine akzeptierte Anbindung, wie im IHEK vorgesehen, kann nur von diesem Standort aus geschaffen werden.

Unstrittig ist, dass Telgte großflächigen und auch attraktiven Lebensmitteleinzelhandel braucht. Im Sinne einer guten Nahversorgung für unsere Bürgerinnen und Bürger, aber auch weil niemanden, auch nicht den AkteurInnen in der Altstadt, daran gelegen sein kann, dass

und die zusätzlichen Angebote durch die integrierten Fachgeschäfte.

In der Ausschusssitzung gab es eine breite Mehrheit für eine wirksame Begrenzung dieser Randsortimente. Entsprechend haben wir beantragt, dass die Stadt beim Kreis eine wirksamen Kontrolle einfordert.

Ein Schwerpunkt der Planung liegt auf den ergänzenden Angeboten, wie Schuhen und Drogerieartikeln. Diese werden sowohl in ihrem Sortiment, als auch in ihrer Größe klar festgelegt, wodurch jede Veränderung vom Einverständnis des Rates abhängen wird. Entscheidend ist, dass Rat und Verwaltung diese Faktoren künftig steuern können, und dies ist der Kern der mit großer Mehrheit gefassten Beschlüsse.

Gleichwohl bleiben Risiken

2.000 qm und einer nicht verhinderbaren Nachfolgenutzung dabei eventuell freier werdender Flächen im Osten. Das wichtigste für einen positiven Ausgang der aktuellen Planungen, die auf eine wesentlich verträglichere Lösung mit einer Erweiterung von insgesamt 650 qm zielt, ist ei-

genden Diskussionsrunden, auch die anderen Akteure mit in dieses Boot zu bekommen und so das gemeinsame Ziel auch auf einem gemeinsamen Weg zu erreichen: Eine lebendige, lebenswerte und attraktive Stadt, für alle, die hier wohnen und für diejenigen, die zu uns kommen.

druckundmehr
GmbH

Digitaldruck im **von Telgte**

Kleine Auflagen zu kleinen Preisen

Bahnhofstraße 10
48291 Telgte
0 25 04 - 73 95 80

druckundmehr.com
info@druckundmehr.com

Kreissprecher der Grünen erhält Landtagsmandat

von Gerd Klünder

Am 15. März übernimmt der Sprecher des grünen Kreisverbandes Warendorf, Ali Bas, ein Landtagsmandat. Barbara Steffens, Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter, gibt ihr Mandat auf, um sich auf ihre Arbeit im Ministerium zu konzentrieren. Sylvia Löhrmann und Johannes Rimmel haben dies bereits vollzogen, Barbara legte den Zeitpunkt, mit Rücksicht auf ihren Nachfolger Ali, in den März, da dieser erst seinen Leistungs-

kurs, den er als Lehrer am Berufskolleg begleitet, zum Abitur führen möchte.

Ali Bas ist 39 Jahre alt, deutsch-türkischstämmig, Lehrer am Berufskolleg, wohnhaft in Ahlen, seit vier Jahren Sprecher des grünen Kreisverbandes Warendorf und seit 3 Jahren Mitglied des Kreistages. Seine zukünftigen Aufgabenfelder in der Landtagsfraktion, Interreligiöser Dialog / Integration und berufliche Bildung / Schule, entsprechen seinem privaten und beruflichen Erfahrungsraum

sowie seiner bisherigen politischen Arbeit.

Das Kreistagsmandat wird Ali zunächst behalten, seine Tätigkeit im Kreisverband jedoch aufgeben, da sie zu umfangreich ist, um neben einem Landtagsmandat von Düsseldorf aus effektiv ausgeführt werden zu können. Die Zusammenarbeit mit der Landtagsfraktion und dem Kreisverband Warendorf bezeichnet er schon jetzt als hervorragend und freut sich um so mehr, zukünftig selbst als Bindeglied fungieren zu dürfen.



Kreissprecher Ali Bas

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

Kontaktadressen

Ortsverband:

Peter Spieker
Waldweg 27
48291 Telgte
Tel. 93 26 10

Ratsfraktion:

Sabine Grohnert
Hasenkamp 45
48291 Telgte
Tel. 7 70 96

Geheimsache "Kreientwicklung WAF 2030"

WAF 2030 – Das Kreientwicklungsprogramm

von Meinolf Sellerberg

„Das Kreientwicklungsprogramm bildet einen übergeordneten Orientierungsrahmen für die zukünftige Entwicklung des Kreises Warendorf.“ So beschreiben es die „Informationen zum Kreientwicklungsprogramm“ des Kreises Warendorf. Ins Auge gefasst werden dazu vier „Schlüsselthemen“:

- Wirtschaft und Arbeit
- Bildung und Wissenschaft
- Familienfreundlichkeit und Lebensqualität
- Klimaschutz und Umwelt.

Für den Prozess der Erstel-

lung werden zwei Jahre veranschlagt, Ende 2013 soll das Programm stehen. Rechtzeitig vor den Kommunalwahlen Ende Mai 2014.

In der zeitlichen Abfolge erstellte Prognos zunächst eine Bestandsaufnahme. Darin werden als erstes die Folgen des demografischen Wandels analysiert. Vor dem Hintergrund der zu erwartenden „rückläufigen Entwicklung der Erwerbsbevölkerung“ wird die „Bindung qualifizierter Fachkräfte“ als der wichtigste Erfolgsfaktor für die wirtschaftliche Entwick-



lung des Kreises gesehen.

Daran anschließend werden für die vier Themenfelder

- Trends und Zukunftsthemen
- Stärken und Schwächen
- Chancen und Risiken sowie
- Herausforderungen

Nach dieser Bestandsaufnahme sollen in einem zwei-

ten Schritt Leitbilder und Ziele erarbeitet werden. Dazu sollen als erstes Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen befragt werden. In dieser Phase befinden wir uns jetzt. Sind Sie selbst beteiligt? Im Jahr 2013 sollen sich „Expertengespräche“ und „Zukunftsdialoge“ mit den Menschen vor Ort anschließen.

Im dritten Arbeitsschritt sollen dann konkrete Maßnahmen und Leitprojekte benannt werden. Sie sollen in kurzfristig, mittelfristig und langfristig realisierbar eingeteilt werden.

WAF 2030 – Ein Kommentar

Auf die Bürgerinnen und Bürger kommt es an

von Ali Bas

Der Kreis Warendorf ist abgesehen.

Lange Zeit sonnte sich der Kreis Warendorf in den Berichten der renommierten schweizer Prognos AG über einen guten Platz im Mittelfeld im Vergleich der Landkreise in der Bundesrepublik

Deutschland. Dazu verhalf dem Kreis die gute mittelständische Struktur, ein Mix aus Stärken im Maschinenbau im industriell orientierten Südkreis, landwirtschaftlich ausgerichtetem Nordkreis um Warendorf herum und dem münsterschen Speckgürtel im Nordwesten. Alles eingebettet

in die schöne und lebenswerte münsterländische Parklandschaft.

Darauf aufbauend erklärte der jetzige Landrat Dr. Olaf Gericke im Wahlkampf 2006, eines seiner wichtigsten Wahlkampfziele sei die Stärkung der Attraktivität des Kreises für junge Familien im Wettstreit mit den umliegenden Regionen. Ein Wettstreit um Steuerkraft und gute Arbeitskräfte.

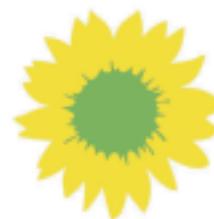
Doch dann kam im Jahr 2010 die Klatsche.

Im „Zukunftsatlas 2010 der Prognos AG“, in dem für relevante Themenbereiche wie Demographie, Arbeitsmarkt, Soziale Lage und Wohlstand eine Betrachtung der Kreise in Deutschland im Hinblick auf ihre Stärke (derzeitige Situation) und ihre Dynamik (Entwicklung) erfolgte, war „insbesondere im Bereich Dynamik eine Verschlechterung gegenüber den Vorjahren“ zu verzeichnen.

Im „wachsenden kommunalen und regionalen Wettbewerb um eine junge, einkommensstarke Bevölkerung“ und damit um Arbeitskräfte hatten sich die Karten

des Kreises Warendorf in der kurzen Amtszeit des Landrates Dr. Gericke wesentlich verschlechtert. Und er traute sich auch nicht zu, das selbst erklärte Wahlkampfziel aus eigener Kraft zu erreichen.

Für den Landrat spricht, dass er dies erkannte. Und



den Verfasser der Diagnose mit der Heilung beauftragte. Sprich: Die Prognos AG sollte es richten und ein Kreientwicklungsprogramm 2025 erstellen. Dafür machte die ansonsten auf äußerste Sparsamkeit bedachte CDU mal eben 160.000 Euro locker.

Nun also wird die Aufgabe des Kreises und des Kreistages von der Prognos AG organisiert. Sei's drum. Auf dem Weg in die Zukunft sollten nun die Prognos AG, der Landrat und die CDU nicht allein gelassen werden, damit aus dem Kreientwicklungs-

WEIHNACHTEN IM HOFATELIER
 Donnerstag, 29. November 2012
 18.00 bis 21.00 Uhr
 Donnerstag, 6. Dezember 2012
 18.00 bis 21.00 Uhr
 - Weihnachtswerkstatt für Groß und Klein -

Kalines Welt
 fair macht schön
 ALTE RENNBAHN 28. TELGTE

ZWEIRAD ROSS
 WWW.ZWEIRAD-ROSS.DE
 SCHÜRENSTRASSE 7-9 • SASSENBERG • TEL.: 02583/1005

SPARTA ION MODELL 2012

Für alle **SPARTA ION** Modelle gilt die **kostenlose 5 Jahres-Garantie***

5 GARANTIE
 *außer auf Verschleißteile

ION MODELLE 2012 15% RABATT AUF LAGERWARE

Zum Beispiel ION GL+

- Starker geräuschloser Heckantrieb
- Rücktrittbremse
- Akku im Rahmen integriert
- Reichweite bis 120 km

WIR LIEFERN IM UMKREIS VON 30 KM

E-BIKE CENTER **BOSCH** **Panasonic** **SPARTA ION**
 Große Auswahl • Beratung • Testfahrten
 Meisterbetrieb • mehr als 15 Jahre Erfahrung

Grüne Welle - Telgtes grüner Newsletter

Jede Woche aktuell und auf den Punkt! Kostenlos per E-Mail.
 Anmeldung jetzt unter gruenewelle@gruene-telgte.de



TERMINE im Rathaus

29. November 2012	Ausschuss für Planen, Bauen, Umland & Umwelt
13. Dezember 2012	RAT
8. Januar 2013	Schul- und Kulturausschuss
19. Januar 2013	Neujahrsempfang
22. Januar 2013	Rechnungsprüfungsausschuss
24. Januar 2013	Haupt- und Wirtschaftsförderungsausschuss
5. Februar 2013	RAT Haushaltseinbringung 2013
19. Februar 2013	Schul- und Kulturausschuss
28. Februar 2013	Ausschuss für Planen, Bauen, Umland & Umwelt
5. März 2013	Haupt- und Wirtschaftsförderungsausschuss
7. März 2013	Finanzausschuss Haushalt 2013 (ganztägig)
14. März 2013	Schul- und Kulturausschuss
21. März 2013	RAT Haushalt 2013

Stand nach Sitzungskalender vom 25.10.2012

Alle Sitzungen sind öffentlich, beginnen 17 Uhr (außer 7.3.2013) und finden im Rathaussaal statt.

Ein Gewinn für alle!

Inklusion vor Ort!

von Tatjana Scharf

Im Jahre 2006 hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen die Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung verabschiedet. Das Ziel dieser UN-Konvention ist es, die Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Diese Konvention ist 2009 durch die Bundesregierung, sowie 153 weitere Staaten, unterzeichnet worden.

Allen Menschen, unabhängig von Alter, Geschlecht, Hautfarbe und Handicap, wird nun die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben garantiert. Dieses Recht umfasst den Zugang zu öffentlichen Räumen, beinhaltet das Recht auf selbstbestimmtes Wohnen wie auch das Recht einer freien, wohnortnahen Beschulung. Kurz gesagt, sie alle haben das Recht auf Inklusion.

Das Wort Inklusion könnte zum meist benutzten Fremdwort des Jahres 2012 gewählt werden. Doch was bedeutet Inklusion eigentlich? Frei übersetzt bedeutet Inklusion „einschließen“, also das Gegenteil von „ausschließen“. Inklusion bedeutet die Teilhabe von Menschen mit einer Behinderung an unserer Gesellschaft. Man könnte meinen, dass ist nichts Neues im Lande. Jeder kennt jemanden, der jemanden kennt, der im Rollstuhl sitzt. Busse und Bahnen können abgesenkt werden, Rollstuhlrampen und Behindertenparkplätze gibt es doch reichlich.

Doch ist das wirkliche Teilhabe? Akzeptieren wir das Anderssein? Wollen wir in unserem Wohnumfeld das geistig behinderte Paar? Wollen wir den autistischen Jungen in unserer Schule? Ich

finde ja, denn es tut uns gut.

Die Grünen, CDU und die SPD bemühen sich in Nordrhein-Westfalen seit 2010 mit ihrem gemeinsamen Aktionsplan die Weichen zu stellen. In vielen Gemeinden beschäftigen sich nun die KommunalpolitikerInnen, die VerbandsvertreterInnen und die Betroffenen mit der Umsetzung dieses Aktionsplanes zur Inklusion. Viel ist geschaffen worden, vieles hat sich bewegt.

Auch in der Schullandschaft hat sich viel getan. Eltern aus Ostbevern mussten vor 20 Jahren noch in einem mühsamen Prozess eine gemeinsame Beschulung ihrer behinderten Kinder vor Ort erstreiten. Nun gibt es im Kreis Warendorf in jeder Gemeinde Grundschulen die das Gemeinsame Lernen praktizieren.

In acht Kommunen des Kreises gibt es auch eine weiterführende Schule, an der behinderte und nichtbehinderte Schüler gemeinsam unterrichtet werden. In Telgte gibt es ein umfassendes Angebot in den weiterführenden Schulen aber noch nicht. Zwar besuchen einige SchülerInnen mit Handicap auch in Telgte eine weiterführende Schule, aber der größte Teil von ihnen besucht nach wie vor eine För-

Ein Café in der Emsaue?

entfernt und Uferabbrüche nicht mehr ausgebessert. Flussaufwärts Richtung Emsaue bis zur Hessemündung wird bis 2014 fast der gesamte Flussverlauf wieder in einen annähernd natürlichen Zustand zurückgebaut.

Da verbietet es sich von selbst, hier, an der Schnittstelle der beiden Auenbereiche, die sich flussabwärts und -aufwärts befinden, in diesem

sensiblen Gebiet, neue Gebäude zu errichten. Emswehr und Mühle sind Teile der historisch gewachsenen Stadtstruktur. Ein weiterer Ausbau des Geländes darf allerdings nicht stattfinden. Langfristig sollte sogar über einen Rückbau dieser künstlich geschaffenen Insel inmitten der Emsaue mit dem darauf vorhandenen Gebäude (Haus der Musik) nachgedacht werden.

GRÜNE TERMINE



5. Dezember 2012
Markus Kurth (MdB)
"GERECHTIGKEIT"
 19:30 Uhr (Gaststätte "Tante Lina")

16. Januar 2013
Ulrike Herrmann (taz-Redakteurin)
"DER SELBSTBETRUG DER MITTELSCHICHT"
 Ort und Zeit werden noch bekannt gegeben!

derschule in Münster, Warendorf, Oelde oder Ahlen. Sie haben nicht die Möglichkeit, gemeinsam mit ihren Freunden aus der Nachbarschaft, aus dem Kindergarten, aus der Grundschule, zu einer wohnortnahen Schule zu gehen. Hier besteht ein großer Handlungsbedarf. SchülerInnen mit Behinderung und deren Eltern müssen das Recht haben, die Schule frei zu wählen.

Nun besteht für unsere Stadt die Chance, eine neue Sekundarschule zu gründen. Diese Schule kann und muss allen Schülern mit und ohne Handicap offen stehen. Sie muss inklusiv ausgerichtet sein, denn nicht nur die SchülerInnen mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf tut eine inklusive Schule gut.

Auch die „RegelschülerIn“ profitiert von einer inklusiven Schule. Eine inklusive Schule kann nicht in der gezwungenen Dreiteilung gut, mittel und schlecht denken. Sie muss sich für alle öffnen. Sie muss jeden im Blick haben, dessen Stärken erkennen und fördern. Zudem ist Anderssein normal. Kooperation und soziales Lernen kann man nur aktiv erfahren.

Inklusiver Unterricht ist ein Motor für Schulentwicklung. Und damit nicht genug - jede

inklusive Schule kann auch ein Motor für die Stadtentwicklung sein. Ergebnis ist eine wertschätzende, barrierefreie Stadt! - Wenn wir das wollen. Und ja - in Telgte wollen wir das geistig behinderte Paar in unserer Nachbarschaft! Wir wollen den autistischen Jungen in unserer Schule!

Wir wollen eine bunte, vielfältige Gemeinde! - Weil es uns menschlich reicher macht!



Honig aus Telgte

Imkerei
 Apfel, Birne & co

kostenloser Lieferservice innerhalb Telgte ab 2 Gläser

Streuobstwiese 4,50
 Honig aus der Emsaue 4,50
 zuzügl. 0,30 Euro Pfand

Matthias Wenzel
 Walter-Gropius-Str. 5
 48291 Telgte
 Tel. 02504/932841

Photovoltaik

Ein **Geschenk** des Himmels!

Investieren Sie mit uns erfolgreich in die **Sonne**.

(Ihre Partnerin, die Ökologie mit Ökonomie verbindet).

Sprechen Sie mit uns - kostenlose Beratung vor Ort

elektrotechnik

Heinz Rickhoff
Königstr.7 48291 Telgte
Tel. 02504/1709
Fax 02504/72826
 www.heinz-rickhoff.de

Mail: info@heinz-rickhoff.de

Mehr Pro als Contra

Erweiterung Kita-Kinderwelt

von Katja Müller

Die Entscheidung für den Erweiterungsanbau an der Kita Kinderwelt an der Walter-Gropius-Straße hat die Grüne Fraktion intensiv beschäftigt. Dort sollen zwei neue Gruppen (eine für Kinder unter drei Jahren) eingerichtet sowie Schlafräume angebaut werden. Mit Blick auf den Sommer 2013 geltenden Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für alle Kinder ab dem ersten Lebensjahr hat die Grüne Fraktion immer die Schaffung von Angeboten gerade für Kleinkinder eingefordert. Daher wurde die Bereitschaft der Einrichtung sowie des Kinder- und Jugendwerks als Träger zur Erweiterung begrüßt.

Dennoch gab es durchaus Bedenken, die die Mehrheit

der Fraktion durch eine Enthaltung in der Abstimmung dokumentiert hat: Die Verkehrsbelastung der Walter-Gropius-Straße als Spielstraße zu den Bring- und Abholzeiten wird von den Anwohnerinnen und Anwohnern und ihren Kindern bereits seit längerem zu Recht beklagt. Dies wird sich mit mehr Kindern in der Kinderwelt nicht entspannen, solange viele mit dem Auto kommen.

Der Ausbau im Telgter Süden, der ohnehin schon Schwerpunkt von Kindertagesstätten ist, führt zudem nicht zu einer Ausgewogenheit im Stadtgebiet. Und natürlich hätte die Fraktion den Kindern neben der Vergrößerung des Außengeländes einen weiteren Bewegungsraum gewünscht oder sich die

Erweiterung um nur eine Gruppe vorstellen können – was aus finanziellen Gründen ausschied.

Bei einem Ortstermin wurde aber deutlich, dass das Team der Kinderwelt bereit ist, sich den Herausforderungen zu stellen: Die Einrichtung hat bereits Erfahrung mit einer vierten Gruppe und in Angeboten für kleine Kinder gesammelt. Sie möchte gerade als Familienzentrum diese Plätze anbieten und sieht der Entwicklung positiv entgegen.

Wie so häufig in der Kommunalpolitik wird an diesem Beispiel deutlich, dass eine Entscheidung nicht immer alle Bedarfe gleichermaßen zufrieden stellt. In diesem Fall standen die Interessen der Familien im Vordergrund, die

eine gute Betreuung für ihre Kleinkinder suchen – und die Verpflichtung von Stadt und Jugendamt, dieses auch rechtsverbindlich ab August 2013 anzubieten.



Foto: Bettina Schmitte

Sozialstaat in Not

Deutschland auf dem Weg zurück in eine Feudalgesellschaft?

von Peter Spieker

In den Jahren von 2002 bis 2006 ist das Gesamtvermögen der Deutschen von 6,9 Billionen Euro auf acht Billionen Euro angewachsen. Dabei ist der relative Anteil an diesem Vermögen nur für die oberen zehn Prozent gestiegen. Für alle anderen ist er gleich geblieben oder gesunken.

Selbst das absolute Vermögen hat sich für den Großteil der Bevölkerung verringert, vor allem wenn man eine Inflationsrate von insgesamt fast zehn Prozent für den gleichen Zeitraum hinzurechnet. Und dieser Trend hält in den jüngeren Jahren nicht nur an, sondern verstärkt sich vielmehr weiter.

Das widerlegt die These, dass ein wachsender Wohlstand immer allen - und insbesondere den Ärmern zugutekommt. Wir sind in Deutschland auf dem besten Weg in eine feudale Gesellschaft, in der die deutliche Mehrheit der Bevölkerung für eine kleine Oberschicht aufkommen muss. Versuche, dieses Problem zu thematisieren und Lösungsansätze zu erarbeiten, werden gerne als Neiddebatte diskreditiert. Was sind die Ursache dieser

Entwicklung? Die zentralen Mechanismen unserer Wirtschaft und unseres Finanzwesens verschieben die Kräfte zugunsten der Kapitalbesitzer und zuungunsten der ArbeitnehmerInnen. Die Globalisierung verstärkt diesen Effekt. Beispiele hierfür sind die Kombination aus kalter Progression und sinkendem Spitzensteuersatz bei der Einkommenssteuer.



Die meisten Subventionen und Steuererleichterungen bevorzugen überproportional die hohen Einkommen. Vermögenseinkommen oder Erbschaften werden häufig nicht bei der Berechnung des Einkommens, etwa bei der Berechnung von Beiträgen zu Sozialversicherungen herangezogen.

Das Geld- und insbesondere das Zinssystem bewirken einen ständigen Fluss von Geld von Kreditnehmern nach Kreditgebern. Dieser Effekt

war schon den Babyloniern bekannt, die regelmäßig einen generellen Schuldenschnitt durchgeführt haben, um zu große soziale Verwerfungen mit den daraus resultierenden Unruhen zu vermeiden.

Eine besondere Ironie des bestehenden Systems besteht in der Tatsache, dass die beständige Vermögensmehrung im Umkehrschluss eine ebenso beständig wachsende Verschuldung zur Folge haben muss. Vermögen und Schulden sind schließlich zwei Seiten derselben Medaille. Da dieses rasante Wachstum bereits seit einiger Zeit nicht mehr durch die Verschuldung privater Haushalte und der Wirtschaft gedeckt werden kann, müssen jetzt die Staaten diese Lücke füllen.

Gegensteuern kann man dieser Entwicklung - ohne dass man gleich zu radikalen Eingriffen in das heutige Wirtschaftssystem greifen muss, wie etwa eine Verstaatlichung aller Banken - durch eine Steuergesetzgebung, die ihre Haupteinkünfte nicht weiter bei der ständig schrumpfenden und daher immer stärker belasteten Mittelschicht erzielt. Erforderlich ist eine dezidierte

Begrenzung des Vermögens der Oberschicht.

Erfolge kann dieses etwa über eine Vermögens- und auch Erbschaftssteuer, die ihren Namen verdient. Auch müssen Ausnahmetatbestände und Subventionen - und dazu zählt nicht nur die unsägliche Absenkung der Mehrwertsteuer für Hotelübernachtungen - beseitigt werden.

Die ständigen Versuche, ausgerechnet über Sparmaßnahmen bei den Sozialleistungen den Haushalt zu sanieren und die Schuldenkrise zu bezahlen, müssen aufhören.

Wir haben kein Problem bei den Ausgaben, sondern eines bei den Einnahmen!

bioladen[★]

Edle Weihnachtsgeschenke

- Naturkosmetik von Dr. Hauschka, Logona u.a.
- Weihnachtswäpfe und Duftlampen von Primavera
- naturreine Parfüms
- feinste Seifen
- Tee-Adventskalender
- Erlesene Pralinen

KORNBLUME
NATURKOSTMARKT

Telgte, SchleiBtiege 15 - 17
Telefon 0 25 04/ 15 65
durchgehend geöffnet

Goldschmiede

Galerie Silber

Münsterstr. 28 · 48291 Telgte

Anfertigung von Unikaten in Gold und Silber
Eheringe nach Auftrag
Umarbeitung alter Schätze
Reparatur

Jörn Wening

Arbeit. Geschlecht. Gerech.

Grüne Bundesfrauenkonferenz - 15./16. September 2012 in Leipzig/Plagwitz

von **Tatjana Scharfe**

Auf der diesjährigen Grünen Bundesfrauenkonferenz diskutierten Expertinnen aus Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und der Wissenschaft über die Strukturen des Arbeitsmarktes und wie diese verändert und reformiert werden müssten, um wirklich einen geschlechtergerechten Arbeitsmarkt zu schaffen.

Erster Tag:

Den Auftakt unter der Frage der Vereinbarkeit und Dimension eines geschlechtergerechten Arbeitsmarktes machten Renate Künast im Gespräch mit Stefanie Nutzenberger (ver.di) und Martina Stangel-Meseke als Mitglied im Verband deutscher Unternehmerinnen und eine der Gutachterinnen zum Gleichstellungsbericht der Bundesregierung.

Im Ergebnis gab es natürlich keine Patentlösung – wohl eher eine weitere Bewusstmachung der Problematik: Fachkräftemangel, Demografischer Wandel mit seinen insbesondere im Osten schon heute gut sichtbaren und dramatischen Folgen, sollten eigentlich ein guter Nährboden zum Umdenken in der Politik sein. Deutschland – Ost und West – kann es sich gar nicht leisten, auf die Frauen zu ver-

zichten! Es muss jetzt endlich gehandelt werden – so der Grundtenor des Gesprächs.

Nach Renate Künast gehören die widersprüchlichen Anreize der bisherigen Familien- und Frauenpolitik abgeschafft. Selbst das Ehegattensplitting gilt es zu überdenken, da es Strukturen der Abhängigkeit und Unselbstständigkeit der Frauen unterstützt. Mangelhaft vorhandene Betreuungsmöglichkeiten für Kleinkinder, aber auch die fehlenden Ganztagschulen in vielen Teilen Deutschlands lassen Frauen mit Kindern häufig keine andere Wahl, als zu Hause zu bleiben oder in Teilzeit zu arbeiten. Unzureichend aufgebaute Sozialversicherungsansprüche mit dramatischer Konsequenz im Alter sind eine (fast schon unabwendbare) Folge.

Am Nachmittag konnten die Teilnehmerinnen in Workshops ihre Fragen zur Verteilungsgerechtigkeit, eigenständiger Existenzsicherung, der Abschaffung des Ehegattensplittings, Minijobs, der Einbindung von Lebensverlaufs-perspektiven sowie zum Berufswahlverhalten und die Situation älterer Arbeitnehmerinnen vertiefend diskutieren.

Zweiter Tag:

Lebensläufe in Ost und West



– Frauen im Dialog

Der zweite Konferenztag legte den thematischen Schwerpunkt auf den Austausch der Frauen in Ost und West und die Frage, was sie voneinander lernen können.

Im Auftaktpanel wurden Lebensverläufe in beiden Systemen nachgezeichnet und unter Rückgriff auf Konzepte wie Familienförderung, Rollenbilder und der Selbstverständlichkeit von Kinderbetreuung diskutiert. Prof. Dr. Hildegard Maria Nickel, die in beiden Systemen zu Gender-Fragen forschte und lehrte, stellte dazu wichtige und aufschlussreiche Zahlen vor.

Ein Gespräch mit der Poli-

tikberaterin Claudia Neusüß, die zu Zeiten des Mauerfalls in Westberlin studierte, und Adriana Lettrari, Mitbegründerin der Initiative Ost, das von Astrid Rothe-Beinlich (MdL, Mitglied im grünen Bundesvorstand, Frauenpolitische Sprecherin) moderiert wurde, machte deutlich, dass dieser Austausch zwischen Ost und West, aber auch zwischen den Generationen, für alle sehr bereichernd ist. Zuhören und diskutieren auf Augenhöhe sind dabei die Voraussetzungen für einen fruchtbaren Austausch.

Claudia Roth brachte es in ihrer politischen Abschlussrede noch einmal auf den

Punkt: Alles was frauenpolitisch getan werden muss, um für mehr Gerechtigkeit zu sorgen, ist ziemlich genau das Gegenteil von dem, was die Bundesregierung und allen voran Ministerin Schröder tun.

mindermann
Augenoptik am Baßfeld

Ursula Mindermann
Dipl.Ing für Augenoptik

Baßfeld 12 48291 Telgte
Fon 0 25 04 - 50 50
www.mindermann-augenoptik.de

Fremdenfeindlichkeit

Weiterhin eine gesellschaftliche Realität in unserer Nachbarschaft!

von **Willehad Rensmann**

Rechtsextremismus, Fremdenhass, Rassismus – das ist doch allenfalls ein Problem einiger Jugendlicher in Ostdeutschland, bei der NPD oder in terroristischen Vereinigungen wie der „NSU“: auf jeden Fall weit weg und ein Randphänomen.

Weit gefehlt! Wenn es überhaupt eines weiteren Beweises bedurfte, dass Fremdenfeindlichkeit in der Mitte unserer Gesellschaft seinen Ursprung hat und gedeiht, dann wurde dieser wieder einmal auch im Münsterland, konkret in Rosendahl-Osterwick, unzweifelhaft erbracht! In Osterwick entsteht eine „negative Eigendynamik“, die „dörfliche Gemeinschaft“ sei in Gefahr, die

Betreffenden seien „nicht integrationsfähig“ und ihre Nationalität berge „Konfliktpotenzial“, Frauen und Kinder müssten daher „Angst haben, hier künftig alleine her zu gehen“.

Und darum ging es lediglich: Ein Schlachtereier-Unternehmer wollte im Oktober mitten im Örtchen rund 50 Mitarbeiter in einem leer stehenden Hotel unterbringen – Männer aus Osteuropa wohl-gemerkt. Besorgnis erregend war neben der Wortwahl vor allem, welche Akteure sich öffentlich äußerten: Das waren zum Beispiel der Bürgermeister, Kommunalpolitiker jeglicher Couleur, eine Kindergartenleiterin oder – was dem Ganzen die Krone aufsetzt – ein katholischer Pfar-

rer.

All das sind Menschen, die gesellschaftlich prägenden Institutionen angehören, mit enormem Einfluss und großer Vorbildwirkung, und die sich nun im Interesse „der“ Bürger engagierten und breiter Unterstützung gewiss sein konnten. Insofern war und ist diese ganze Posse nicht nur peinlich, dumm und abstoßend, sondern einmal mehr Beleg von Intoleranz und alltäglichem Rassismus – bei konservativen Politikern, in der Kirche, in zentralen gesellschaftlichen Institutionen und beim „ganz normalen Bürger“ in unserer Nachbarschaft.

Und was wird nun? Das ehemalige Hotel wird vermutlich an einen anderen Investor veräußert, und die osteuropäi-

schen „Gastarbeiter“ werden in jedem Fall ihren Beitrag zur bundesdeutschen Wirtschaftsleistung bei einem inakzeptablen Hungerlohn leisten und möglichst weit weg von den Osterwickern untergebracht.

Diese wiederum werden sich beruhigt und im guten Gefühl, gegen die Entstehung eines (Zitat) „sozialen Brennpunktes“ eingetreten zu sein, wieder in ihre dörfliche Gemeinschaft zurückziehen – und mir wird Angst und Bange: Vor einem Deutschland und Europa, in dem die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gräben immer größer werden, in dem Werte wie Respekt, Solidarität, Toleranz oder Menschenwürde nur noch für den eigenen

Nahbereich gelten und ansonsten nur hohle Phrasen sind, und in dem Kinder all dies mit grenzenloser Scheinheiligkeit von klein auf vorgelebt bekommen. Vom Nachbarn, vom Bürgermeister, vom Pfarrer und von der Kindergartenleiterin! Wenn gleich Einstellungen dieser Art weiterhin breit verbreitet sind, bleibt die Hoffnung, dass auch künftig Menschen für jegliche Form von Toleranz und Menschenwürde eintreten und (selbst-)kritisch und lautstark den vermeintlichen Wortführern entgegen treten.

Oder, um mit einem Buchtitel zu sprechen:

„Empört euch!“

Kleine Kolumne



Klimaschutzziele auch weitgehend unstrittig sein.

Wenn es dann allerdings an die Umsetzung vor Ort geht, stoßen die guten Vorsätze schnell an Grenzen. Die geschilderten Klimaschutzmaßnahmen erfordern neben der strategischen Zielsetzung die Bereitstellung von Ressourcen - sprich, es muss dafür Geld in die Hand genommen werden. Sie erfordern den politischen Mut zur Umsetzung und sie erfordern Geduld und Ausdauer zur konsequenten Realisierung, Schritt für Schritt.

Der Rat der Stadt Telgte hat ein aus meiner Sicht gutes und konsequentes Klimaschutzkonzept verabschiedet. Das war Ende 2010. Manche der dort enthaltenen Projekte sind bereits begonnen oder realisiert worden. Die Umstellung der Heizungstechnik für die Marienschule auf klimafreundliche Holzpelletbeheizung scheiterte aber nun zweimal im Planungsausschuss - dort sind die Mehrheitsverhältnisse anders als im Rat selbst. Wer den Klimaschutz ernst nimmt, wer die Zeichen der Naturereignisse und Naturkatastrophen wie jüngst „Sandy“ in den USA wahrnimmt und versteht, muss seinen eigenen Beitrag zum Umsteuern zu leisten bereit sein.

Wir haben in Telgte gemeinsam die Chance, unseren Beitrag zur Energiewende und zum konsequenten Klimaschutz zu leisten. Wir werden damit von hier aus den nächsten Wirbelsturm sicher nicht verhindern können. Aber wir können auch als kleine Stadt dazu beitragen, dass diese Erde ein lebenswerter und bewohnbarer Planet bleibt. Packen wir es an.

Ihr wolfgang pieper

von Michael Brandherm

Zur Vorgeschichte: die Heizungsanlagen im Rathaus sowie in der Marienschule sind, wie es in Behördensprech so schön heißt, abgängig. Ersatz muss also her. Aber wie und besonders was?

Da die Stadt Telgte ein Klimaschutzkonzept besitzt und sich ein ambitioniertes Ziel gesetzt hat - klimaneutrale Stadtverwaltung bis 2020 -, lag es nahe, eine regenerativ betriebene Heizung anzuschaffen. Außerdem kam es der Stadt gut zupass, dass durch die Einstellung eines Klima-Managers eine Projektförderung von 81.245 Euro „angezapft“ werden konnte. Nachdem man sich nach langer Beratung endlich darauf verständigen konnte, dass die - von der CDU bevorzugte - Holzhackschnitzel Heizung wegen der aufwändigeren Logistik und der wesentlich größeren Störanfälligkeit nicht in Frage kommt, war der Weg im Prinzip frei für eine Holzpelletheizung.

So einfach geht das aber nicht mit der CDU-Fraktion. Die rechnet nämlich anders: solange eine Anlage durch Fördergelder subventioniert wird, gilt sie auch als wirtschaftlich, siehe Rathaus. Wenn aber, so wie bei der Marienschule keine Förderung durch Steuergelder möglich ist, gilt eine solche Anlage automatisch als unwirtschaftlich.

Dabei muss man sich vor Augen halten, dass die geschätzten Mehrkosten der Holzpelletheizung insgesamt auf 20 Jahre gerechnet 36.000 Euro betragen. Also 1.800 Euro pro Jahr. Aus unserer Sicht eine Investition in die Zukunft und durch das CO₂-Einsparpotenzial absolut gerechtfertigt. Bedenkt man noch, dass eine Anlage in einer Schule auch einen gewissen Symbolcharakter haben sollte, ist das einzig vorgebrachte Gegenargument der höheren Kosten - nochmal in Worten: achtzehnhundert Euro pro Jahr - nicht mehr nachvollziehbar.

Durch den nicht gefassten Beschluss verzögert sich nun die Maßnahme voraussicht-

Pellets gegen CO₂

Neue Heizungen für Rathaus und Marienschule



Foto: Bettina Schmitte

lich um ein Jahr. In diesem Jahr hätte eine neue Heizungsanlage bereits 1.500 Euro günstiger geheizt und 86 Tonnen CO₂ eingespart. Klimaschutz ohne eigene Anstrengungen ist nicht realisierbar. Mit der von der CDU bevorzugten, gasbetriebenen Heizung sind die selbst gesteckten Klimaschutzziele nur schwer zu erreichen.

Klimaschutz, nur wenn es andere bezahlen, kann nicht der richtige Weg sein. Mit dem Klimaschutzkonzept hat die Stadt Telgte sich ein ambitioniertes Ziel gesteckt und stellt sich den Herausforderungen des Klimawandels. Die geplanten Anlagen sollten auch eine Vorbildfunktion haben.

Die Grüne Fraktion steht für diese Ziele ein und wird sich weiter für den konsequenten

Einsatz regenerativer Energien einsetzen. Deshalb werden wir schon bald die Holzpelletheizung für die Marienschule wieder auf die Tagesordnung des Rates setzen lassen. Im Rat der Stadt Telgte entsprechen die Mehrheitsverhältnisse, anders als in den Ausschüssen, exakt den letzten Kommunalwahlergebnissen. Und im Rat kann daher diese vernünftige und wirtschaftliche Lösung nicht mehr verhindert werden, denn die SPD-Fraktion unterstützt ebenfalls diese Anlage.



Urlaub & Pflege Reisen mit:

- ✓ Fachpflege rund um die Uhr
- ✓ Mobilitätshilfe
- ✓ 1:1 Betreuung

Fordern Sie unseren Prospekt an oder informieren sich im Internet:

Urlaub & Pflege e.V.
Voßhof 10
48291 Telgte

Tel.: 02504 – 73 96 043

Mail: post@urlaub-und-pflege.de
Home: www.urlaub-und-pflege.de

Möbel für Anspruchsstelle

Innenausbau
Bau- und
Möbeltischlerei
Andreas Fiege

Beratung • Planung • Fertigung • Montage

✦ Exklusiver Innenausbau	✦ Küchen- und Badmöbel
✦ Einbaumöbel	✦ Schiebetürsysteme
✦ Fenster und Türen	✦ Restaurierung
✦ Massivholzmöbel	✦ Sonderanfertigungen

Berdel 30 • 48291 Telgte
☎ 0 25 04/71 42 • Fax 0 25 04/7 27 89

Knete, Kiebitz und Konzepte

von Gerd Klünder

Was erwartet der/die grüne Wähler/in von einer Stadt mit einem grünen Bürgermeister und einer starken grünen Fraktion im Rat?

Sagen wir mal: Eine Stadt, die niemanden zurück lässt, in der ein funktionierendes soziales Gefüge spürbar ist, die ihren Einwohner/innen und besonders den Kindern und Jugendlichen gute Bildungsmöglichkeiten und kulturelle Vielfalt bietet, die sich nachhaltig und im Einklang mit der Natur entwickelt.

Was fällt auf? Kein Wort über Wohlstand, Wirtschaft, Wachstum! Und richtig: das Ziel grüner Politik ist es nicht,

die Bürger/innen reich zu machen und Sätze wie „Das regelt der Markt“ und ähnliches treibt Schauer über die Rücken und vermitteln das Bild eines kalten Wirtschaftsstandortes. Das wollen wir nicht. Ebenfalls will aber auch niemand, dass das Schwimmbad, die Bibliothek und die Musikschule schließen, ein städtisches Kulturprogramm zum Relikt aus der Vergangenheit wird ...

Und was auch keine/r will: Dass die Stadt nach einer Rats- oder Bürgermeisterperiode mit den Grünen im Haushaltssicherungskonzept sitzt und all dies nicht mehr leisten kann.

Das würde das grüne Konzept auf den Kopf stellen. Nach dem Motto: „Erst die Pflicht, dann die Kür“, müssen die Grünen in der Probezeit zeigen, dass sie all das können, was die Altvorderen auch konnten und noch ein bisschen mehr.

Themenwechsel: Lang ist es noch nicht her, da kam man/frau aus der Winkhausiedlung und befand sich in freier Natur ... oder zumindest in der „bäuerlich geprägten Kulturlandschaft“. Dann wurde das Gewerbegebiet Kiebitzpohl gebaut und man/frau musste nun über den kleinen Kreisverkehr und zwischen zwei Firmen durch-

Na ja, war nicht so schlimm, weil nicht so weit. Dann erweiterte die eine Firma ihr Gelände und erschloss damit eine Straße - da wurde es schon ärgerlicher. Bis zur großen Weide ärgert man/frau sich jetzt eigentlich immer ein bisschen.

Das Dumme ist: So wird es vermutlich weiter gehen! Jede Stadt weist Gewerbegebiete aus, um Betriebe anzulocken, die dann Arbeitsplätze und über die Gewerbesteuern auch Geld für den städtischen Haushalt bringen.

Finanziell hat Telgte nach wie vor ein Problem. Und glücklicherweise ist es in den letzten Jahren immer gut ge-

gangen, weil uns die Gewerbesteuer die Haushalte gerettet hat und es gibt durchaus Anlass zu der Vermutung, dass das Problem beseitigt wird, wenn wir das Gewerbegebiet noch einmal erweitern. Aber ist das noch grüne Politik, wenn rund um Telgte immer mehr zugepflastert wird? Zumindest hätten die Grünen damit gezeigt, dass sie all das können, was die Altvorderen auch schon konnten. Die Probleme im Haushalt sind nicht hier gemacht, aber wir können sie hier lösen ... wenn wir wollen!

„Bildung fördern - Ressourcen schonen“

von Bernard Drestomark

Zu diesen beiden Themen fand beim Kongress des Nordrhein-Westfälischen

Städte- und Gemeindebundes in Düsseldorf eine lebhafte Debatte mit Bundesumweltminister Peter Altmaier, dem Öffentlichkeitsreferenten der RWE, Dr. Peter Heinbacher, dem Energieexperten Prof. Dr. Heck von der Uni Trier sowie der Ministerin für Schule und Weiterbildung, Sylvia Löhrmann, statt.

Bemerkenswert die Aussage des Staatssekretärs Ludwig Hecke zur Inklusion, die ab dem 1. August 2013 an den

Schulen in NRW umgesetzt wird: Es wird nicht einen Anspruch für **alle** Kinder an **allen** Schulen geben, sondern für jedes Kind an **einer** Schule der Stadt, in der es wohnt. Hier kommen also auf die Städte und Gemeinden Aufgaben zu - aber auch Fördermittel - die bisher von den Kreisen oder Regionen als Schulträger übernommen wurden.

Tübingens Oberbürgermeister Boris Palmer präsentierte Möglichkeiten für Kommunen - auch im Kreis Warendorf - Ressourcen zu schonen: Die Zahl der Bezieher/innen

von Öko - Strom stieg mit Hilfe der Kampagne „Tübingen macht blau“ (die Stadt hat ca. 100.000 Einwohner) von 500 auf 10.000. Wenn jeder der 17 Millionen bundesdeutschen Haushalte eine drehzahlgesteuerte Hocheffizienzpumpe für seine Heizung einbauen ließe, würde die Leistung zweier Atomkraftwerke eingespart; die Amortisationszeit dieses Gerätes betrage sechs Jahre.

Die Stadtwerke schließen Micro - Contracts (Verträge) mit Kunden ab, die über die künftige Ersparnis den Kredit

für eine neue Heizung abbzahlen; nach vier Jahren wird sie Eigentum des Hauseigentümers.

Einen interessanten Hinweis gab Boris Palmer vor dem Hintergrund demographischer Entwicklungstendenzen in Deutschland: Tübingen wächst derzeit um ein Prozent, ohne dass ein einziger Quadratmeter Bauland im Außenbereich neu ausgewiesen wird. Die Stadt erwirbt Grundstücksflächen, um sie zu sanieren und für Geschäfte und Wohnungen neu herzurichten.

Hurra, es ist Wahlkampf

von Gerd Klünder

Zwar gibt es in Deutschland derzeit weder ein gültiges Wahlrecht für eine Bundestagswahl, noch steht ein Wahltermin fest, dennoch hat der Wahlkampf mit der Aufstellung von Per Steinbrück, Jürgen Trittin und Kathrin Göring-Eckhardt längst begonnen.

Wer kämpft um was?

Die Grünen ganz sicher um die Regierungsbeteiligung und zwar zusammen mit der SPD. Die sich abzeichnenden Wahlkampfthemen sind den Grünen auf den Leib geschneitten und entsprechen auch dem, was in der nächsten Wahlperiode dringend angepackt werden muss. Einer Koalition mit der CDU haben eigentlich alle mittlerweile ei-

ne Absage erteilt. Aber was passiert, wenn es für rot-grün nicht reicht? FDP wird gar nicht gehen, auch eine Annäherung zur Linkspartei ist nicht zu erkennen. Bleiben noch die Piraten, wenn es sie denn gibt, die aber keinen Schritt weiter gekommen und also nach wie vor ein Überraschungsei sind. Sie zeigen zwar Flagge (merkwürdigerweise ein Segel und keinen Totenkopf), wer aber den Kaperbrief unterschrieben hat, ist unbekannt.

Die SPD um eine Regierung mit den Grünen. Mit dem Kandidaten Steinbrück gegen die CDU und um deren Wähler/innen. Das lässt den Grünen aber auch der Linkspartei viel Raum.

Die CDU um die Regierung.

Aber mit wem? Die FDP ist derzeit ein mehr als schwieriger Partner, die Grünen wollen nicht und eine große Koalition will überhaupt keine/r.

Die FDP um den Einzug in den Bundestag, um klare Linien und um Einigkeit in der Partei.

Die Piraten um ihre Identität.

Die Linkspartei um Luft. Sie kann machen was sie will um dümpelt immer bei ihren 7 Prozent, was wohl weniger daran liegt, dass für die Konzepte keine Wähler/innen zu finden wären, sondern schlicht daran, dass sie den Muff der DDR nicht losbekommt.

Was werden die Themen des Wahlkampfes sein?

Ein Thema zeichnet sich schon deutlich ab, die Energiewende, besonders das Erneuerbare-Energien-Gesetz, EEG. Hier bläst die Lobby von Kohle und Atom zum Angriff auf den Umbau der Energiewirtschaft und besonders die FDP, aber auch Teile der CDU greifen das auf, möglicherweise auch in der Hoffnung, dass sich bis zum nächsten Herbst weiter Erhöhungen der Stromkosten abzeichnen, so dass das Thema zum Ende des Wahlkampfes nochmal akut wird. Hier gehen die Parteien aber auch ein hohes Risiko, weil die Energiewende nach wie vor von dem deutlich überwiegenden Teil der Bevölkerung unterstützt wird. Die Grünen nehmen das gerne an.

Die Euro(pa)krise wird sich weiter entwickeln und auch Thema sein. Die Auseinandersetzung wird sich darum drehen, wer die beste Lösung hat. Eine generelle Diskussion über Europa zeichnet sich nicht ab und es ist auch nicht zu erwarten, dass sich eine Partei auf das Glatteis einer Anti-Europäischen Position begeben wird.

Auch in Deutschland wird die Eurokrise Auswirkungen zeigen, sei es durch eine abflauende Konjunktur oder durch höhere Belastungen durch die Rettungsschirmkarawane. Daraus stellt sich die Verteilungsfrage, es könnte also eine Gerechtigkeitsdebatte geben und die ist dringend notwendig und in einem Wahlkampf gut aufgehoben.

Ihr Fahrrad-Spezialist in Telgte
Fahrräder 2012
Green's Westminster
 3-Gang Nabendynamo € 399,-

 Kommen Sie zur Probefahrt! - Wir beraten Sie gern und unverbindlich!
Service und Reparatur
 Für uns selbstverständlich
VOGT
 Glas - Porzellan - Fahrräder
 48291 Telgte, Ritterstraße 47
 gegenüber der Feuerwehr
 Fon: 0 25 04 / 21 96, Fax: 0 25 04 / 7 73 77
 Geänderte Geschäftszeiten:
 Di, Do+Fr 9.00 - 13.00 Uhr
 u. 14.30 - 17.00 Uhr
 Mo + Mi, 9.00 - 13.00 Uhr
 Sa 9.00 - 12.00 Uhr

Legalize it!

Freie Fahrt für FahrradfahrerInnen

von Marian Husmann

Mit der Verkehrssituation in der Altstadt beschäftigte sich ein Antrag der GRÜNEN, der im Bauausschuss beraten wurde.

Im ersten Teil des Antrages ging es um einen Prüfauftrag, die beiden Fußgängerzonen vom Autoverkehr zu befreien. Denn gerade in den Abend- und Nachtstunden, aber auch tagsüber, findet in den beiden Fußgängerzonen in der Innenstadt ein reger Durchgangsverkehr statt. Dieser passt nicht zum Charakter der Einkaufsstraßen. In den Abendstunden beeinträchtigt dieser nicht nur AnwohnerInnen, sondern stört die Außenbewirtung der ansässigen GastronomInnen und deren gemütlich-gastliche Atmosphäre, z.B. während der Sommermonate auf unserem

Marktplatz. Die Idee der Grünen Fraktion ist ganz einfach. Denn durch das Aufstellen von absenkbaaren Hydraulikpollern kann sowohl die Durchfahrt für die Rettungsdienste als auch die Belieferung der Geschäfte gewährleistet werden, wäh-

rend der Durchgangsverkehr zum Erliegen käme. Die Verwaltung kam zu dem Ergebnis, dass die Kosten für jeden der Poller um die 10.000 Euro lägen. Unsere Recherchen allerdings ergaben, dass es die-



Foto: Bettina Schmitte

se speziellen Poller schon für knapp 3.500 Euro im Fachhandel gibt. Wir verfolgen dieses Thema daher weiter.

Der zweite Teil des Antrages hatte zum Ziel, alle Einbahnstraßen im Altstadtbereich für den gegenläufigen Radverkehr freizugeben. In einigen Einbahnstraßen ist der gegen-

läufige Radverkehr bereits erlaubt. Im Bereich der Münsterstraße zum Beispiel ist er allerdings untersagt - ab dem Marktplatz wieder zugelassen. Dies führt nach unserer Ansicht zu einer massiven

Unsicherheit für die RadfahrerInnen - wo sollen wir absteigen und an welcher Stelle dürfen wir weiterfahren!? Eine Vereinheitlichung der Regelungen könnte hier für alle Beteiligten mehr Sicherheit schaffen, da auch die AutofahrerInnen bisher an jeder Stelle mit Gegenverkehr rech-

nen müssten. Eine Gefährdung der RadfahrerInnen ist nahezu auszuschließen, da in der Praxis die Münsterstraße von vielen RadfahrerInnen gegenläufig genutzt wird. Die Verwaltung teilte mit Blick

auf unseren Antrag mit, dass derzeit Gespräche mit dem Ordnungsamt des Kreises Warendorf geführt würden. Es lohnt sich also zu hoffen, dass es bald heißen könnte: Freie Fahrt für RadfahrerInnen.

Der dritte und letzte Teil des Antrages kümmerte sich um die Situation auf Bahnhofs-



Münster- und Königsstraße. Diese sind als verkehrsberuhigter Bereich ausgewiesen, in welchem eine maximale Geschwindigkeit von 4 bis 7 Kilometer pro Stunde vorgeschrieben ist. Der verkehrsberuhigte Bereich zeichnet sich laut Definition dadurch aus, dass Fußgänger die Straße in voller Breite nutzen können und Kinder auf der Straße spielen dürfen. Die reale Situation sieht allerdings anders aus. Um einen Überblick darüber zu erhalten, welche tatsächlichen Geschwindigkeiten im verkehrsberuhigten Bereich gefahren werden, beantragten wir eine Analyse der Durchschnittsgeschwindigkeit auf allen drei Straßen. Die Verwaltung nimmt diese Messungen (keine Polizeikontrollen) jetzt vor. Wir sind gespannt auf die Ergebnisse und werden weiterhin am Ball bleiben.

Besuch in Stupino festigt und vertieft die Städtepartnerschaft

von Wolfgang Pieper

Ende August besuchte eine 14-köpfige Delegation aus Telgte die Partnerstadt Stupino in Russland. Unter der Leitung des Vorsitzenden des Fördervereins Stupino-Telgte Klaus Beck und im Beisein von Bürgermeister Wolfgang Pieper absolvierte die Gruppe ein interessantes und sehr intensives Besuchsprogramm.

Aufs herzlichste begrüßt wurde die Delegation direkt am Flughafen vom Vorsitzenden des Stupinoer Fördervereins Sergey Kuznetsov und seiner Frau Svetlana. Es folgte die Fahrt per Bus von Moskau nach Stupino, das etwa 100 Kilometer südlich der russischen Metropole liegt.

Der folgende Tag war zunächst bestimmt durch einen offiziellen Empfang der Telgterinnen und Telgter durch Bürgermeister Pavel Tschelpan im Rathaus. Neben dem Austausch von Gastgeschen-



ken wurde von beiden Seiten unterstrichen, dass die inzwischen über 17-jährige Partnerschaft zwischen den beiden Städten ihre Basis in den persönlichen Kontakten und den gegenseitigen Besuchen habe.

Seit 1995 sind bereits etwa dreitausend TelgterInnen in der Partnerstadt Stupino gewesen. Jenseits der „großen Politik“ gehe es um die Begegnung von Menschen zu Menschen, so Bürgermeister

Wolfgang Pieper. Aus diesen Begegnungen könne Verstand und gegenseitiges Verständnis erwachsen, das die Grundlage für Vertrauen, Partnerschaft und Freundschaft sei.

In den nächsten Tagen folgten ein enges Besuchs- und Besichtigungsprogramm in Stupino und eine Tagesfahrt nach Moskau. Insbesondere die gemeinsame Zeit mit den Mitgliedern des Fördervereins in Stupino machte sehr deut-

lich, dass die zum Teil langjährigen Kontakte und die bestehenden persönlichen Freundschaften prägend für den Austausch sind.

Die Gäste aus Telgte konnten die Herzlichkeit und Gastfreundschaft der russischen Seite genießen. Die Begegnungen und das Besuchsprogramm machten allerdings auch deutlich, dass Russland ein Land großer Gegensätze ist: Viele Menschen leben

dort in sehr bescheidenen Verhältnissen oder sogar großer Armut, eine wirkliche Mittelschicht fehlt, und eine kleine Schicht lebt wiederum in materiellem Reichtum.

Der fünftägige Besuch in der Partnerstadt Stupino war nicht nur ein schönes und sehr harmonisches Erlebnis für die Telgter Gruppe selbst. Er hat die Städtepartnerschaft vertieft und weiter gefestigt.

HELLA BONK

Lust auf Steine ...
echten Steinschmuck ...
schöne Perlen ...

Ausgesuchte Qualität zu günstigen Preisen!
Ich freue mich auf Ihren Besuch!

Emsstraße 3 · 48291 Telgte · Telefon (02504) 3326

Telgte ist Fairtrade-Stadt!

Auszeichnung im Rahmen eines Fairtrade-Festes auf dem Markt

von Uwe Werdermann

Die Stadt Telgte engagiert sich besonders für den Fairen Handel und hat deshalb die Auszeichnung „Fairtrade-Stadt“ erhalten. Kathrin Bremer von der Siegelorganisation Transfair überreichte Bürgermeister Wolfgang Pieper die Auszeichnungsurkunde.

18 Lebensmittelgeschäfte, vier Blumenläden und acht weitere Geschäfte in Telgte haben Waren aus Fairem Handel in ihrem Sortiment. In drei Gastronomiebetrieben sowie in drei Friseursalons werden Getränke mit dem Fairtrade-Siegel serviert. Mehrere Betriebe nutzen in der Kantine Kaffee aus Fairem Handel. Die Kirchen, die weiterführenden Schulen und acht Vereine beteiligen sich an der Aktion „Fairtrade-Stadt Telgte“. Damit hat Telgte die erforderlichen Kriterien für die Auszeichnung „Fairtrade-Stadt“, die von der Siegelorganisation Transfair vergeben



Foto: Uwe Werdermann

wird, sogar deutlich übertroffen. Damit reiht sich Telgte ein in die Familie der „fairtrade-towns“, die sich in besonderem Maße im Bereich des Fairen Handels engagieren.

Weltweit gibt es inzwischen über 1000 fairtrade-towns, darunter Städte wie London, Brüssel, Rom, San Francisco oder Kopenhagen. In Deutschland sind es rund 100 Städte und Gemeinden. Dabei ist Telgte die erste Stadt im Kreis Warendorf, die die Auszeichnung erhält.

„Wir danken allen Betrieben und Organisationen, die durch ihr Engagement mitgeholfen haben, die Auszeichnung nach

Telgte zu holen,“ so Uwe Werdermann von der Initiative Fairtrade-Stadt Telgte e.V.

Die Verleihung des Titels wurde mit einem Fairtrade-Fest auf dem Markt ausgiebig gefeiert. Auf einer Bühne wurde ein buntes Programm aus Unterhaltung und Information präsentiert, dazu gab es Kuchen und Getränke – selbstverständlich aus Fairem Handel. Telgter Organisationen und Betriebe stellten sich auf dem „Markt der Initiativen“ dar. Ergänzt wurde das Fairtrade-Fest durch einen Kinderflohmarkt, der zeitgleich in der Steinstraße veranstaltet wurde.

NAJU Telgte

Rückblick auf fast ein Jahr Jugend- und Naturschutzarbeit für Telgte

von Janine Ringel u. Stephan Poddey

Im Februar 2012 war es so weit: Die NAJU Gruppe Telgte wurde gegründet. Und schon bald darauf gab es den ersten aktiven Einsatz für die Natur. In der Schirlheide bei Ostbevern wurde gemeinsam mit weiteren fleißigen Helfern für den Erhalt einer leider selten gewordenen Landschaftsform gearbeitet.

Ein gemeinsames Bootebauen in der Tischlerei Stumpe folgte und ein Sommerfest,

bei dem dank des PCT die Ems auch auf dem Wasser erkundet werden konnte. Das Jahr klang dann bei einem gemütlichen voradventlichen Bratapfessen aus, bei dem von den Kindern selbst Vogelfutter hergestellt und in selbst bemalte Tontöpfe gefüllt wurde.

Aber auch zwischen diesen Highlights im Jahr gab es für die ca. 14 Kinder im Alter zwischen sechs und elf Jahren zwischen sechs und elf Jahren vieles zu entdecken und erleben.

In der ersten Hälfte des Jahres standen die zweiwöchig

stattfindenden Gruppenstunden ganz im Zeichen der Ems. Ihre Wasserqualität wurde bestimmt, und ihre Ufer wurden erkundet. Auch auf den Wiesen um Telgte gab es viel zu entdecken und erfahren, und dem Klatenberge werden sicher auch im kommenden Jahr noch zahlreiche Besuche abgestattet.

Aber neben dem Erleben und Erfahren der Natur kamen der Spaß und die Spannung nicht zu kurz, und wir freuen uns auf ein weiteres, aufregendes Jahr mit den Telgter Naturdetektiven.

Stichwort: Fairer Handel

Viele Waren, die wir aus den sog. Entwicklungsländern importieren, sind nur deshalb so billig, weil die Bauern und Arbeiter in den Ländern des Südens unter dem Druck des Weltmarktes äußerst gering entlohnt werden. Die Löhne liegen häufig unter 100 \$ im Monat. Hinzu kommen überlange Arbeitszeiten sowie schlechte Arbeitsbedingungen. Das Pfund Kaffee für 3,99 Euro oder das T-Shirt für fünf Euro sind nur möglich, weil den Menschen in den Ländern des Südens oft lediglich ein Hungerlohn gezahlt wird. Unser relativer Reichtum und die Armut in der sog. Dritten Welt sind zwei Seiten einer Medaille.

Der Faire Handel kann die wirtschaftlichen Ungleichgewichte zwischen Nord und Süd, die Gesetzmäßigkeiten des Weltmarktes nicht überwinden. Aber er hat sich zum Ziel gesetzt, auf die Ungerechtigkeiten im Welthandel hinzuweisen und gleichzeitig zumindest ein Stück dazu beizutragen, die Situation in den Ländern des Südens zu verbessern.

Der Ansatz ist folgender:

Die Produkte aus Fairem Handel sind etwas teurer als herkömmliche Produkte, dafür müssen sie bestimmte Standards erfüllen. Dazu gehören:

- Eine existenzsichernde Vergütung für die Bauern und Arbeiter,
- eine zusätzliche Fairtrade-Prämie. Diese bietet den Produzentenorganisationen die Möglichkeit, in gemeinsame Projekte aus Bereichen wie Bildung, Gesundheit oder Infrastruktur zu investieren,
- keine ausbeuterische Kinderarbeit,
- Rechte und Sicherheit am Arbeitsplatz,
- langfristige Handelsbeziehungen.

Die Einhaltung dieser Fairtrade-Standards wird von einer unabhängigen Siegel-Organisation überprüft. Nur wenn alle Standards erfüllt sind, erhält die Ware das Fairtrade-Siegel.



Foto: Janine Ringel/Stephan Poddey

www.AkkordeonSpielerin.de

Anne-Marie Grage
larde@AkkordeonSpielerin.de
Mobil: 0263/9220869

SOLAR KONZEPT

- Photovoltaik
- Thermische Solaranlagen
- Pelletheizungen
- Prüfung von Solaranlagen

• Verkauf • Beratung • Planung • Montage •

W. Schneider-Reif
Kamenzstraße 8
48351 Everswinkel

Tel.: (02582) 9022 16
Fax: (02582) 9021 65
www.solar-konzept.net

Röwekamp & Stumpe GbR

Tischlerei HANS STUMPE

www.tischlerei-stumpe.de
Telefon 0 25 82 - 66 88 23

AURO
isofloc